

# Eine neue Etappe des deutschen Parteiensystems?

## Annäherungen an die Bundestagswahl 2017

Gerd Mielke

### 1

Für die CDU, die CSU und die SPD war der 24. September 2017 ein rabenschwarzer Tag. Alle drei Parteien, die sich noch immer als Volksparteien und tragende Pfeiler des deutschen Parteiensystems verstehen, haben schwerste Verluste hinnehmen müssen. Besonders stark betroffen waren diesmal die Unionsparteien, die bundesweit auf 32,9 Prozent absackten, das schlechteste Ergebnis der CDU/CSU seit der ersten Bundestagswahl von 1949, als man in den Wirren der Nachkriegsjahre immerhin 31,0 Prozent erzielt hatte. Einen veritablen Schock lösten die 38,8 Prozent der CSU in Bayern bei ihren Anhänger\*innen aus; sie begannen, mit diesem Ergebnis sogleich um die traditionelle absolute Mehrheit der CSU bei der im Herbst 2018 anstehenden Landtagswahl zu fürchten.

Das Ausmaß der Niederlage der beiden Unionsparteien überraschte nicht zuletzt auch deshalb, weil die Umfragen vor der Wahl ein deutlich besseres Abschneiden signalisiert hatten. Vor allem aber hatten die hymnischen Einschätzungen fast aller Medien von der Ausstrahlung und Überzeugungskraft Angela Merkels gegenüber den Wählerinnen und Wählern in der Öffentlichkeit den Eindruck einer mehr oder minder bombensicheren Kanzlerinnen-Wahl nach dem Vorbild der Bundestagswahl 2013 erzeugt. So ging mit der Wahlniederlage der Unionsparteien zugleich ein Stück weit auch eine Entzauberung Angela Merkels als unumstrittene, präsidentiale „Mutti“ der deutschen Politik einher.

Im Unterschied zu diesem Überraschungsmoment im Unionslager hatte sich der Absturz der SPD schon seit Längerem abgezeichnet. Zunächst kam es zu einem bemerkenswerten Höhenflug der SPD und ihres neuen Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz im Frühjahr, der kurzfristig sogar den Eindruck eines offenen Rennens zwischen Schulz und der Bundeskanzlerin sowie zwischen der Union und der SPD aufkommen ließ und als „Schulz-Hype“ bestaunt worden war. Doch es folgte alsbald ein steter Niedergang. Nach den Niederlagen bei den drei Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und im sozialdemokratischen Kernland Nordrhein-Westfalen sank die SPD im Sommer wieder auf das Niveau zwischen 20 und 25 Prozent bei der Sonntagsfrage ab, auf dem sich die Partei seit vielen Jahren bewegt. Als dann am Wahlabend mit einem Stimmenanteil von 20,5 Prozent das wahre Ergebnis offenkundig geworden war, breitete sich auch bei der Führungsriege der Sozialdemokraten Bestürzung und Enttäuschung aus. Ganz offensichtlich hatten viele ein Ergebnis noch unterhalb der „Steinmeier-Schlappe“ von 23,0 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 für unmöglich gehalten.

Dem Absturz der traditionellen Großparteien um insgesamt 13,8 Prozentpunkte stand die Herausbildung einer Phalanx von vier fast gleich großen Klein- bzw. Mittelparteien gegenüber. Während die Grünen mit 8,9 Prozent und die Linken mit 9,2 Prozent ihre Positionen am Wählermarkt ziemlich stabil halten konnten, sind die FDP mit 10,7 Prozent und die AfD mit gar 12,6 Prozent die eigentlichen Gewinner der Bundestagswahl 2017. Die Liberalen schafften den Wiedereinzug in den Bundestag nach ihrem Ausscheiden bei der letzten Bundestagswahl ganz eindeutig. Und auch die AfD, die beim letzten Mal – damals noch in ihrer eurokritischen Phase – knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, konnte diesmal als rechtspopulistisch-konservative Partei mit einem teilweise ungläubig bestaunten Stimmenanteil auch in den Bundestag einziehen, nachdem ihr zuvor schon der Einzug in 13 von 16 Landtagen gelungen war. Damit kommt eine Entwicklung im deutschen Parteiensystem zu ihrem vorläufigen Abschluss, die bereits bei der Bundestagswahl 2005 mit dem Erfolg des damalig neuen linken Bündnisses aus der SPD-Abspaltung Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und Linkspartei.PDS mit einem Stimmenanteil von 8,7 Prozent eingesetzt hat: Auf beiden Flügeln des parteipolitischen Spektrums haben sich mit der Linken und der AfD neue Parteien formieren und im Bundestag etablieren können.

Diese Entwicklungen am linken wie am rechten Flügel haben sich auf einem politischen Terrain vollzogen, das nach wie vor von den beiden Traumata der jüngeren deutschen Geschichte, der NS-Diktatur und der SED-Herrschaft in der vormaligen DDR, ideologisch durchsetzt und kontaminiert ist. Vor allem die Aufklärung über die Verbrechen der Deutschen unter der NS-Diktatur wie die Auslöschung des europäischen Judentums, die planmäßige Euthanasie und die Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerungen der Kriegsgegner während des Zweiten Weltkriegs sowie eben die noch lebendigen Erinnerungen der Kriegs- und ersten Nachkriegsgenerationen an den planmäßig als Vernichtungs- und Rassenkrieg geführten Weltkrieg hatten jahrzehntelang ein Bollwerk gegen das Wiedererstarken völkischer und nationalistischer politischer Strömungen gebildet. Diese Tabuisierung des Rechts-Extremismus und auch noch erster Ansätze des Rechtspopulismus hat der Bundesrepublik Deutschland bis vor Kurzem einen Sonderstatus innerhalb ihrer europäischen Nachbarschaft beschert und gesichert: Angesichts dieser politischen Erblasten erschienen dauerhaft erfolgreiche rechte Strömungen wie der Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich oder die SVP in der Schweiz hierzulande als eher unwahrscheinlich. Die Bundestagswahl 2017 hat – nach all den Erfolgen der AfD bei Landtagswahlen in den letzten Jahren – nun auch für die nationale Ebene das Ende dieses Tabu-Effekts aufgezeigt.

Diese Resultate der Parteien kamen bei einer gegenüber der Bundestagswahl 2013 um 4,6 Prozentpunkte erhöhten Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent zustande. Wie bei den meisten Landtagswahlen in den letzten Jahren steht auch jetzt bei dieser Bundestagswahl die stärkere Mobilisierung der Wählerschaft ganz offensichtlich in engem Zusammenhang mit dem Aufstieg der AfD. In jedem Fall hat sich nach dem bisherigen Tiefstand der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen von 70,8 Prozent im Jahr 2009 auch diesmal ein Aufwärtstrend fortgesetzt, wenn sich auch das Wahlbeteiligungsniveau im vereinten Deutschland weiterhin sehr deutlich unter den Werten der Siebziger- und Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts bewegt, mit dem Höchstwert von 91,1 Prozent bei der Bundestagswahl 1972.

## 2

Mit der Herausbildung und der zumindest mittelfristigen Stabilisierung der beiden Flügelparteien hat sich auch die Struktur und politische Beschaffenheit des Parteiensystems in Deutschland verändert. Im neuen Bundestag sitzen nunmehr mit der CDU, CSU, SPD, AfD, FDP, der Linken und den Grünen sieben Parteien, die sich zu sechs Fraktionen zusammengeschlossen haben. Damit hat die parlamentarische Fraktionalisierung<sup>1</sup>, mit der die Verteilung des Gewichts zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien gemessen wird, seit der deutschen Vereinigung einen neuen Höchststand mit dem Wert  $F = 0,81$  erreicht. Zum Vergleich lag dieser Wert bei der Bundestagswahl 1976, in der Ära des sogenannten „Zweieinhalb-Parteiensystems“ mit den beiden dominanten Volksparteien und der zwischen diesen pendelnden FDP, bei  $F = 0,58$ . Bei der Bundestagswahl 1987, also zu Zeiten des „Lagersystems“ unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls mit einem Regierungslager aus CDU/CSU und FDP auf der einen und der SPD und den Grünen auf der anderen, der Oppositionsseite, rangierte der Fraktionalisierungsindex bei  $F = 0,65$ . Der derzeit gemessene Indexwert von 0,81 zeigt also ganz deutlich: Im Bundestag werden in der kommenden Legislaturperiode erste Züge der politischen Zersplitterung sichtbar.

Damit eng verknüpft ist die tragende Bedeutung der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD für eine parlamentarische Mehrheitsfindung und auch im Rahmen einer Blockbildung zwischen den Parteien eines eher linken und eines eher bürgerlich-konservativen Lagers sowohl gegenüber 2013, vor allem aber auf längere Sicht sehr deutlich zurückgegangen. Bei der Bundestagswahl 2017 konnten Union und SPD nur noch 53,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen; 2013 waren dies noch 67,2 Prozent gewesen. Die massiv nachlassende Bedeutung der beiden Volksparteien als Zentren und Pole der Wählerintegration tritt noch deutlicher zutage, wenn man auch hier weiter in der Wahlgeschichte zurückblättert. 1990, bei der ersten gesamtdeutschen Wahl, kamen Union und SPD gemeinsam immerhin auf 77,3 Prozent. Aber auch dieser, im Vergleich zu heute noch durchaus imposante, Wert liegt weit unter dem gemeinsamen Stimmenanteil der beiden Volksparteien etwa aus dem Bundestagswahljahr 1976, als 91,2 Prozent der Wählerstimmen auf die Union und die SPD entfielen.

Parallel zum Bedeutungsverlust der beiden traditionellen Großparteien sind die neuen Flügelparteien auf der linken und rechten Seite des Parteienspektrums in ihrem kumulierten Stimmenanteil bundesweit auf nunmehr 21,8 Prozent angewachsen. Da aber sowohl die Linke als auch die AfD – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen<sup>2</sup> – als Koalitionspartner

- 1 Der Fraktionalisierungsindex  $F$  nach Douglas Rae ist ein in der neueren Parteiensystemforschung durchaus gebräuchliches Maß, mit dessen Hilfe sich die Struktur des Parteiensystems in Bezug auf die Anzahl und die relative Stärke der im Parlament vertretenen Parteien mit einem einzigen Indexwert übersichtlich abbilden lässt. Der Indexwert umschließt einen Wertebereich zwischen 0 und 1. Bei dem Wert 0 finden wir ein Einparteiensystem mit keiner Fraktionalisierung vor; bei dem Wert 1 herrschte die in der politischen Wirklichkeit natürlich unrealistische Situation einer völligen Fraktionalisierung vor: Jede\*r Wähler\*in würde die eigene Partei mit nur einer, nämlich seiner\*ihrer eigenen Stimme wählen.
- 2 Bei der Linken steht das nach wie vor angespannte Verhältnis ihrer Führungsriege zu weiten Teilen der gegenwärtigen Führungsriege der SPD als Hindernis für eine politische Annäherung im Vordergrund. Die AfD ist wegen ihrer völkischen und rassistischen Programmatik und Rhetorik wohl auf absehbare Zeit von allen anderen Parteien im Bundestag als politischer Kooperationspartner ausgeschlossen.

ner auf der Bundesebene ausscheiden, sind in den letzten Jahren auf beiden Seiten des ideologischen Spektrums nunmehr sogenannte „defekte Lager“ entstanden. Mit diesem Begriff sollen auf der linken wie auf der bürgerlich-konservativen Seite des politischen Spektrums Konstellationen bezeichnet werden, in denen ideologisch oder sozio-ökonomisch durchaus eng beieinanderliegende Wählergruppen und Parlamentsfraktionen wegen nicht überwindbarer Konflikte auf der Ebene der entsprechenden Parteieliten nicht zu politischen Handlungseinheiten zusammengefügt werden können. Ein schon fast sprichwörtliches „defektes Lager“ stellt das auf Bundesebene bisher nie zustande gekommene Rot-Rot-Grün-Bündnis dar. Dieses ist nun 2017 durch ein ebenfalls „defektes Lager“ auf der bürgerlich-konservativen Seite aus der Union, der FDP und der AfD ergänzt worden. Diese „defekten Lager“ haben zum einen die Spielräume für teilweise auch polarisierende Bündnisse im Bundestag merklich eingengt und zum anderen die Bildung lagerübergreifender Bündnisse mit gestiegenen Kompromisszwängen befördert oder gar erfordert. So nachvollziehbar und plausibel die Verweigerung der politischen Kooperation bei den Parteieliten innerhalb der „defekten Lager“ im Einzelfall auch erscheinen mag, aus der Sicht der jeweiligen Anhängerschaften schließen diese „defekten Lager“ Teile der Wählerschaft von vornherein von der Mitwirkung am Zustandekommen von Regierungen aus. Bei der Bundestagswahl 2017 fallen bundesweit 21,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die entweder für die Linke oder die AfD gestimmt haben, in diese Kategorie. Freilich liegt die Rate der auf diese Weise von vornherein Ausgeschlossenen in den ostdeutschen Ländern deutlich über diesem bundesweiten Anteil: In Mecklenburg-Vorpommern können 36,4 Prozent, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt jeweils 37,4 Prozent, in Thüringen 39,6 Prozent und schließlich in Sachsen gar 43,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit ihrer Stimmenabgabe keinen auch nur hypothetischen Einfluss auf die Bildung der Bundesregierung ausüben. Man kann diesen ostdeutschen Wählerinnen und Wählern nun gewiss sagen: „Selber schuld, hättet ihr eben eine andere Partei gewählt“; aber das mit diesen Werten angedeutete Repräsentations- und Integrationsdefizit gerade in den neuen Ländern ist damit nicht aus der Welt geschafft.

Bei der Bundestagswahl 2017 sind auch einmal wieder die starken regionalen Unterschiede und Eigenheiten im deutschen Parteienspektrum sichtbar geworden. Das öffentliche Bewusstsein für regionale oder länderspezifische Differenzierungen ist unter dem Eindruck massenhaft und stetig publizierter Umfragedaten zu den bundesweiten politischen Kräfteverhältnissen weitgehend verloren gegangen. Die Umfragen suggerieren einen einheitlichen, nationalen politischen Raum, in dem sich die Größenverhältnisse der Parteien umstandslos darstellen lassen. In Wirklichkeit sind natürlich die Parteien in Deutschland mitsamt ihren Anhänger\*innen regional seit jeher extrem unterschiedlich verteilt. Dies hängt zum einen mit der geografischen Verteilung der prägenden Merkmale der einzelnen Parteien zusammen. So hat etwa die geografische Verteilung der Katholik\*innen in Deutschland bis heute starke Auswirkungen auf die relative Stärke und Gestaltungskraft der jeweiligen Landesverbände der CDU/CSU. Zum andern haben sich aber auch Erneuerungen und programmatische Anpassungen der verschiedenen Parteien in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich entwickelt. Alle Parteien stehen hier jeweils unter einem erheblichen „Kultivierungsdruck“, d. h. sie müssen sich in ihrer Organisation und Programmatik fortlaufend an neuere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen anpassen. Ein besonders

gutes Beispiel für eine erfolgreiche „Kultivierung“ ist etwa die rheinland-pfälzische SPD. Sie hat sich in dem klassischen, von Katholizismus und dörflichen Strukturen geprägten „CDU-Land“ Rheinland-Pfalz seit 1991 zur beherrschenden Landespartei entwickelt.

Regionale Besonderheiten sind diesmal vor allem im Blick auf Ostdeutschland zutage getreten. Dies betrifft nicht nur den Ost-West-Gegensatz bei der Verankerung der Linken als klassische Ostpartei, die sich erst langsam nach Westdeutschland ausdehnen konnte, sowie die beiden klassischen West-Parteien FDP und Grüne, die hinsichtlich ihrer Mitglieder und Anhänger\*innen in Ostdeutschland allenfalls in homöopathischen Dosierungen auffallen. Auch bei der AfD werden starke Ost-West-Unterschiede erkennbar; ganz eindeutig liegen ihre Hochburgen in den neuen Ländern, auch wenn sie in den westdeutschen Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg hervorragende Ergebnisse erzielen konnten. Die starke Position der AfD in den neuen Ländern wirft natürlich zum einen die Frage nach den für die Rechtspopulisten besonders günstigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen im Osten auf. Diese Debatte um autoritäre und rechtspopulistische Traditionen im Osten ist unmittelbar nach der Wahl in Gang gekommen; sie ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb soll hier ein anderer Aspekt der besonderen ostdeutschen politischen Kultur angesprochen werden, der selten in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Ganz unabhängig von irgendwelchen, noch näher zu bezeichnenden, politischen Traditionen herrscht in den neuen Ländern eine erstaunliche Ödnis, was die Mitgliederstärke der großen Parteien und die räumliche Verteilung dieser Mitglieder betrifft. Die jährlich publizierten Mitgliederstatistiken der Parteien weisen auch 25 Jahre nach der Vereinigung für die beiden Volksparteien eine fast schon mitleiderregende Diasporasituation auf. Dies betrifft in noch zusätzlich gesteigertem Maße die SPD. So gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur 2709 Mitglieder, in Brandenburg 6007, in Sachsen 4268, in Sachsen-Anhalt 3449 und schließlich in Thüringen 3891. Bedenklich ist bei diesem kargen Mitgliederbestand, dass sich, mit der Ausnahme Brandenburg, in allen ostdeutschen Ländern die ohnehin spärliche SPD-Mitgliedschaft seit Jahren rückläufig entwickelt. Hier deutet sich für die zukünftigen Generalsekretär\*innen der SPD ein reizvolles Arbeitsfeld an.

Bezieht man zusätzlich mit ein, dass ja nur ein relativ kleiner Teil der Mitglieder – in der Regel nicht mehr als ein Viertel – auch tatsächlich politisch aktiv ist und dass die Mitglieder mehrheitlich in den größeren Städten leben, so zeichnet sich für weite Bereiche Ostdeutschlands ab, dass die SPD als Partei, dies gilt aber auch für die anderen „West-Parteien“, in vielen Lebens-, Alltags- und zivilgesellschaftlichen Bereichen überhaupt keine sichtbare Rolle spielen kann. Wenn also über strukturelle Ursachen für das Aufkommen der AfD oder einen mehr oder minder ominösen „Ost-Faktor“ räsoniert wird, so gilt es neben vielen anderen Größen immer auch die erschreckende „politische Leere“ weiter ostdeutscher Räume zu bedenken.

Die Bundestagswahl 2017 hat also ein Parteiensystem hervorgebracht, das sich merklich von den historischen Phasen und Etappen der deutschen Parteienentwicklung unterscheidet, die der Bundesrepublik im Kreis ihrer europäischen Nachbarn und anderer westlich-liberaler Demokratien lange Zeit den Ruf einer äußerst stabilen Parteiendemokratie mit einem hohen Repräsentations- und Integrationspotenzial eingetragen hatte. Die Anzahl der im Bundestag vertretenen Parteien erreicht einen neuen Höchststand. Die beiden Volks-

parteien als tragende Pfeiler in der Parteienlandschaft sind geschrumpft. Die parlamentarische Fraktionalisierung hat deutlich zugenommen. Die Herausbildung und mittelfristige Stabilisierung der beiden Flügelparteien Linke und AfD geht mit der Ausweitung von Repräsentationsdefiziten vor allem in Ostdeutschland einher. Die seit 1980 den bundesrepublikanischen Parteienwettbewerb prägende Struktur zweier konkurrierender politischer Lager ist seit 2005 zunehmend durch lagerübergreifende Regierungsbündnisse abgelöst worden. Beide diesmal theoretisch überhaupt möglichen Koalitionsoptionen – Große Koalition und Jamaika-Bündnis – entsprechen diesem neuen Muster.

### 3

Die hier skizzierten politischen Veränderungen bei den einzelnen Parteien und im Parteiensystem, wie sie sich im Wahlergebnis widerspiegeln, gehen auf ein vielschichtiges und komplexes Ursachenbündel zurück, das in diesem Rahmen nicht im Einzelnen analysiert und diskutiert werden kann. Wie immer fließen in die Wahlentscheidungen und Wahlergebnisse kurzfristige und langfristige, situative und strukturelle Bestimmungsfaktoren ein. Die Medienberichterstattung hat spätestens seit der Ernennung von Martin Schulz zum sozialdemokratischen Herausforderer der Bundeskanzlerin ganz eindeutig den Schwerpunkt auf die kurzfristigen und situativen Faktoren gelegt. Auch diesmal zielten Presseorgane wie auch das Fernsehen und Teile der neuen Medien erwartungsgemäß darauf ab, den Wahlkampf als „horse race“ zu inszenieren und zu vermitteln: als überschaubares und spektakuläres Wettrennen um die Wählergunst, gestartet von einer imaginären gemeinsamen Startlinie, geprägt von den beiden Spitzenkandidat\*innen mit ihren unterschiedlichen Profilen. So entstanden verschiedene, sich überlagernde mediale Bilder des Wahlkampfgeschehens. Danach wurden die Kampagnen teilweise scharf beobachtet von Wählergruppen, die kritisch und bis zum allerletzten Moment unschlüssig die im Wahlkampf artikulierten Positionen der Kandidat\*innen und Parteien prüften und durchleuchteten, teilweise bejubelt von wiederum anderen Anhänger\*innen, von denen sich die Spitzenkandidat\*innen und ihre Einflüster\*innen erhofften, sie würden die eigene Begeisterung weitertragen in ihre Nachbarschaften und in ihre Arbeitswelten und auf diese Weise eine Woge der Zustimmung auf den Weg bringen. Schließlich war die Aufmerksamkeit der Medien auch auf eine dritte Gruppe gerichtet, auf die Besorgten, Misstrauischen, Mürrischen und Feindseligen, die in den Landtagswahlen der letzten Jahre den rasanten Aufstieg der AfD ermöglicht hatten.

Entsprechend konnten die Demoskop\*innen in diesem Sommer eine ganze Reihe von Einstellungsbündeln gegenüber den Parteien, ihren Akteur\*innen und ihren Themen ermitteln. In ihnen zeichneten sich einerseits vertraute Profile im Blick auf die historisch gewachsenen Kompetenzen oder die traditionellen Themenschwerpunkte ab, aber andererseits traten gerade auch bei den beiden Volksparteien immer wieder Zweifel an ihrer Standfestigkeit und Glaubwürdigkeit zutage. Zwar schälten sich im Verlauf des Wahlkampfes die Flüchtlingsthematik, eng verbunden mit der Frage der inneren Sicherheit, und die Problematik der sozialen Gerechtigkeit als beherrschende Themenfelder für die Union und die SPD heraus, aber es kam nicht zu einer zündenden Polarisierung zwischen den beiden Parteien, aus der



dann entweder eine Wechsel- und Aufbruchsstimmung zugunsten der SPD und ihres Kandidaten Schulz oder ein kämpferischer Verteidigungswillen aufseiten der Unionsparteien und der Bundeskanzlerin hervorgegangen wäre.

Beide Parteien absolvierten den Wahlkampf gewissermaßen mit eingebauter Drehzahlsperrre: Die Union konnte die Gegensätze in der Flüchtlingspolitik zwischen den liberalen Bekundungen Merkels vom Spätjahr 2015 und dem konservativen Sperrfeuer Seehofers gegen eine allzu liberale Asyl- und Flüchtlingspolitik nur mühsam verdecken und hatte mit der Kritik ihrer konservativen Anhängerschaft an einer zu rigorosen Liberalisierung der Partei zu kämpfen; die SPD wiederum prallte mit ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit auf den misslichen Umstand, dass fast alle sozialen Krisensymptome, die man im Wahlkampf geißelte, etwa der wachsende Niedriglohnsektor, Wohnungsmangel, Altersarmut, Kinderarmut und Mängel bei der Pflege, sich in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung verschärft hatten oder gar erst aufgekommen waren. So kam es eben in diesem Wahlkampf zu keinen Aufholjagden oder spektakulären Wendepunkten, von einem wilden Endspurt auf der Zielgerade war nichts zu spüren.

Dieser eigentümlich leblose Bundestagswahlkampf 2017 lenkt somit die Aufmerksamkeit auf politische Entwicklungen, vor allem bei den Volksparteien, die sich schon lange vor dem Startschuss des vermeintlichen „horse race“ abgespielt haben. In der Tat haben sich sowohl in der SPD als auch in der CDU/CSU in den letzten fünfzehn Jahren tiefgreifende programmatische und ideologische Veränderungen vollzogen. Sie haben zum einen die Kampagnenkraft und Kampagnenwilligkeit der Parteien erheblich geschwächt und zum andern ganze Wählergruppen und Wählersegmente aus ihren traditionellen Bindungen an die SPD und die Union freigesetzt. Beide Volksparteien haben sich einem umfassenden Modernisierungsprojekt verschrieben. Bei der SPD lässt sich dieses Modernisierungsprojekt auf die sogenannte Agenda-Politik unter Gerhard Schröder und Franz Müntefering ab 2003 datieren; bei der CDU ist die Modernisierungsagenda mit dem Parteivorsitz und der Kanzlerschaft Angela Merkels verknüpft. Sowohl bei der SPD als auch bei der Union lassen sich in diesem Prozess ähnliche Ziele und politische Mechanismen, ja sogar ähnliche Akteurstypen identifizieren.

Betrachten wir zunächst die SPD. Der Modernisierungspfad der deutschen Sozialdemokratie ab den späten Neunzigerjahren ist ganz wesentlich von dem Aufbruch zahlreicher sozialdemokratischer Parteien in Europa auf den inzwischen oft analysierten „Dritten Weg“ der Sozialdemokratie vorgeprägt worden. Die konzeptionellen und intellektuellen Impulse zu diesem neuen Versuch einer wirtschafts- und globalisierungskonformen Sozialdemokratie gingen von dem englischen Soziologen Anthony Giddens aus; der Fackelträger dieser Idee einer marktkonformen Sozialdemokratie war der britische Labour-Vorsitzende und Premierminister Tony Blair, dem sich die deutschen Sozialdemokraten in einer Abfolge von programmatischen und praktisch-politischen Schritten anschlossen.

Die Geschichte dieser spektakulären politischen Konversion braucht hier nicht im Einzelnen wiedergegeben zu werden. Ihr Kern besteht in einer gezielten Öffnung verschiedener Lebens- und Arbeitsbereiche gegenüber den Risiken und der Dynamik der Märkte und – umgekehrt – in dem partiellen Rückbau der staatlichen Verantwortung in ebendiesen zentralen, den unmittelbaren menschlichen Kern umschließenden Problemfeldern wie Woh-

nungsbau, Gesundheitswesen oder Altersvorsorge. Dadurch sahen sich bis heute zahlreiche Gruppen aus der unteren Hälfte der sozialen Pyramide mit neuen Risiken und Unsicherheiten konfrontiert; die gerade in Deutschland über alle sozialen Schichten und Generationen hinweg so hoch geschätzten Schonbereiche des Wohlfahrtsstaats werden zunehmend porös; die Menschen sollen und müssen sich auch in den intimen Kernbereichen ihrer Existenz dem Marktgeschehen anpassen.

Entscheidend für eine angemessene Bewertung dieser radikalen politischen Wende von der traditionellen Devise „democracy against markets“ zu dem neuen Leitmotiv „democracy within markets“ im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2017 sind die fatalen Folgen, die sich für die SPD und ihre Position in der deutschen Wählerlandschaft aus diesem Schwenk ergaben. Es setzte ein tiefgreifender Wandel im linken Wählerspektrum ein. Ein Teil der Wähler\*innen wechselte zur neu formierten Linkspartei, ein anderer Teil zog sich enttäuscht und verunsichert über lange Jahre in die „prekäre“ Wahlenthaltung zurück. Innerhalb von vier Jahren sackte der Stimmenanteil der SPD von 34,2 Prozent bei der Bundestagswahl 2005 auf 23,0 Prozent im Jahr 2009 ab, eben die berühmte „Steinmeier-Schlappe“. Mit geringfügigen Schwankungen bewegt sich die SPD seither auf diesem Niveau; das Ergebnis von 2017 fügt sich präzise in diesen Trend ein. Bedeutsam an dieser dramatischen Entwicklung ist allerdings ebenfalls, dass sie zu keinem Zeitpunkt innerhalb der Führungsschicht der SPD zu vernehmbaren Zweifeln an der Richtigkeit dieses unseligen Schwenks auf den „Dritten Weg“ unter Schröder und Müntefering Anlass gaben. Wer immer auch seit 2005 an der Spitze der Sozialdemokratie Verantwortung trug, erwies sich als unbedingter Streiter und Verteidiger für die Agenda-Politik. Eine Ausnahme von dieser bedingungslosen Treue gegenüber der Agenda-Politik stellte übrigens der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz dar. Er bezeichnete sie schlichtweg als falsch, was ganz wesentlich zu dem steilen Aufschwung von Schulz und der SPD in den nächsten Umfragen führte. Allerdings wurde Schulz sehr bald von den anderen SPD-Führer\*innen zurückgepfiffen und „eingefangen“. Seit April war von ihm keine Kritik mehr an der Agenda-Politik zu vernehmen.

Die Modernisierungsstrategie der Unionsparteien setzt schon in den letzten Jahren der Ära Kohl ein, aber erst unter dem Parteivorsitz Angela Merkels wird das Modernisierungsprojekt erkennbar. Es besteht aus zwei Teilen. Zunächst machen sich auch Teile der Unionsführung stark für einen Rückbau des deutschen Wohlfahrtsstaats und favorisieren eine möglichst marktkonforme Demokratie. So konnten sich übrigens Gerhard Schröder und Franz Müntefering immer wieder in wichtigen Phasen ihrer Agenda-Politik der Unterstützung der Union, etwa im Bundesrat, sicher sein. Nach der von Angela Merkel nur knapp gewonnenen Bundestagswahl 2005 verlagert sich allerdings das Modernisierungsprojekt der CDU zunehmend auf das sozialkulturelle Terrain. Hier beginnt Merkel nun, Zug um Zug traditionelle konservative Positionen der Unionsparteien abzuräumen bzw. abräumen zu lassen. Über ein Jahrzehnt hinweg werden auf diese Weise ideologische Klassiker der Christdemokratie in den Hintergrund gedrängt. Die allmähliche Abkehr vom traditionellen Frauen- und Familienbild, das Ende der Wehrpflicht, die zunächst sehr vorsichtige Distanzierung vom konservativen Nationenverständnis, der Ausstieg aus der Atomenergie und natürlich die spektakulären Veränderungen der letzten Jahre wie die liberale Position Merkels in der Asyl- und Flüchtlingsfrage und ihre Ermöglichung der „Ehe für alle“: All diese Schritte be-



deuten auf der sozialkulturellen Konfliktdimension für die Unionsparteien langfristig einen ähnlich tiefgreifenden Paradigmenwechsel wie Schröders Abkehr vom klassischen sozialdemokratischen Politikmodell. Allerdings gibt es auch drei nicht unwesentliche Unterschiede zwischen dem sozialdemokratischen und dem christdemokratischen Modernisierungsprojekt. Zum einen sind die Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat schneller spürbar, härter und unmittelbar wirksam in der ganz konkreten Ausgestaltung der Lebenswelten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger als die eher „weichen“ Verschiebungen auf der Kulturdimension. Hinzu kommt zweitens der breite öffentliche Rückenwind, den Merkel bei vielen ihrer sozialkulturellen Modernisierungsimpulse verspürt. Hier vollzieht sie oftmals gesellschaftliche Wandlungsprozesse einfach nur verspätet und unter Applaus nach. Ganz anders der von der SPD inszenierte Rückbau des Wohlfahrtsstaats: Hier haben die Sozialdemokraten den breitesten und am tiefsten verankerten gesellschaftlichen Konsens in Deutschland aufgekündigt. Schließlich bleibt lange Zeit offen, ob Merkel überhaupt eine bewusste Reformerin ist. Ihr unpräziser Habitus, gerade auch auf internationalem Parkett, sowie ihr Zögern, sich auf ideologische und programmatische Debatten an vorderster Front und mit klaren Positionen einzulassen, stattdessen sie mit einer Aura der sympathisch-bescheidenen Unangreifbarkeit aus, die ihr vor allem bei der Bundestagswahl 2013 gegen den schneidigen und so sichtbar gut verdienenden sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Steinbrück massive Vorteile sichern konnte. Schröder verkörperte hier als Modernisierer einen Politikertypus, der weitaus stärker polarisierte und der die Rolle als empathischer und bescheidener Repräsentant der sozialdemokratischen Anhängerschaft stets als Zumutung empfand.

Beide, hier in aller Kürze skizzierten, Modernisierungsstrategien haben also jeweils größere Wählergruppen freigesetzt, indem sie beachtliche Repräsentationslücken gerade in den Traditionsbereichen der SPD und der CDU öffneten und neuen politischen Integrationsbedarf bei den Freigesetzten erzeugten. In diese Lücken sind mit der AfD und der Linken jeweils neue oder neu formierte Parteien mit ihren politischen Angeboten gestoßen, und sie konnten beträchtliche Teile der politisch heimatlos gewordenen Wählerinnen und Wähler in ihre Anhängerschaften integrieren. Erst diese gezielte Preisgabe traditioneller Wählerreviere durch die großen Parteien im Zuge ihrer Modernisierungsprojekte hat wesentliche Voraussetzungen für die Umbrüche und Verschiebungen geschaffen, die dann bei dieser Bundestagswahl 2017 offenkundig wurden.

Die Wählerwanderungsbilanzen von infratest dimap spiegeln diese Bewegungen freigesetzter und frustrierter Wähler\*innen zur AfD wider. Die AfD mit ihren rund 5,9 Millionen Stimmen hat danach im Wesentlichen aus drei Richtungen Wählerinnen und Wähler anziehen können. Wie schon bei den Landtagswahlen seit der Flüchtlingskrise bildeten die Nichtwähler\*innen das größte Stimmenreservoir für die Rechtspopulisten; 1,2 Millionen Stimmen wanderten aus dem Nichtwählerlager zur AfD. Fast ebenso stark war der Zulauf aus dem Unionslager. 980.000 Stimmen wanderten aus dem Bereich der Unionsanhänger\*innen diesmal direkt zur AfD. Aber auch diesmal fielen der AfD mit beträchtlichen Zugewinnen aus dem SPD- und Linken-Reservoir insgesamt 870.000 Stimmen aus einem Parteiensegment zu, welches auf den ersten Blick programmatische Distanz zur Rechten wahrt. Freilich hat die Forschung zum Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schon seit geraumer Zeit ergeben, dass gerade niedere und prekäre Statusgruppen in der Bevölkerung, aber auch Teile

der Mittelschicht, die ja tendenziell zur Stammklientel der linken Parteien zählen, durchaus Sympathien für autoritäre Politikmodelle entwickeln. Nicht zuletzt rührt die fast schon traditionelle Anfälligkeit dieser Wählersegmente für die rechte Agitation aus dem Umstand, dass diese Gruppen auch wirklich am ehesten häufig mit Zuwander\*innen und Flüchtlingen etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt in Konkurrenz geraten. Dass diese echten oder auch nur befürchteten Konkurrenzsituationen in einer Zeit des offen proklamierten Rückbaus wohlfahrtsstaatlicher Strukturen verstärkte Annäherungen an die Rechtspopulisten zur Folge haben können, liegt auf der Hand. Merkels liberale Flüchtlingspolitik versetzte mithin nicht nur Teile der konservativen christdemokratischen Klientel in Unruhe, sondern erzielte auch im Wählerbereich auf der Linken beträchtliche Wirkung.

#### 4

Der Warnschuss aus der Vergangenheit hallt unüberhörbar in die Gegenwart. Die langfristigen Verschiebungen und Umbrüche in der Parteienlandschaft sind als prägender Hintergrund und struktureller Kontext für die Interpretation der gegenwärtigen politischen Verhältnisse und Initiativen bedeutsam, die bei der zurückliegenden Bundestagswahl zum Ausdruck kamen. Sie sollten von den Parteien als Folie bei der Evaluation der soeben abgelaufenen Kampagnen und bei der Suche nach zukunftssträchtigen programmatischen und personellen Perspektiven berücksichtigt werden. Von besonderer Bedeutung in diesem breiten Panorama sind gewiss die Entwicklungen in den ja nach wie vor immer noch recht großen Parteien CDU/CSU und SPD. Ihre Reaktionen auf die massiven Stimmenverluste werden maßgeblich über die zukünftige Beschaffenheit des deutschen Parteiensystems entscheiden. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich bei diesen Analysen, Evaluationen und Projektarbeiten entscheiden, ob sowohl die einzelnen Parteien als auch das Parteiensystem als Ganzes die jetzt schon deutlich erkennbaren Defizite bei der Repräsentationsfunktion, bei der politischen Integration breiter Wählersegmente, bei einer nachholenden politischen und zivilgesellschaftlichen Erschließung Ostdeutschlands als Probleme angemessen erfassen wollen und ernste Initiativen zu ihrer Lösung in Angriff nehmen können. Erst wenn diese ganz allgemeinen Grundfunktionen eines politischen Systems pluralistischer und wohlfahrtsstaatlicher Demokratie wiederhergestellt und gewährleistet sind, bestehen auch halbwegs tragfähige Voraussetzungen für die nun ebenfalls anstehenden Schritte zur Schaffung eines entsprechenden pluralistischen und wohlfahrtsstaatlichen europäischen Rahmens. Hier wird die Sozialdemokratie mit ihrem klassischen Politikmodell der gesellschaftlichen Befriedung eine zentrale Rolle spielen. Man sollte sich von dieser Einsicht nicht durch großmäulige Digitalisierungs- und Globalisierungsvisionen abbringen lassen.

**Dr. Gerd Mielke**

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

E-Mail: [mielke@politik.uni-mainz.de](mailto:mielke@politik.uni-mainz.de)